

Aktion 302

Rede Veronika Wolf (Amnesty International, Asylgruppe Münster / Aktion 302) am 31.3.2011

Liebe Münsteranerinnen und Münsteraner, liebe Unterstützerinnen und Unterstützer,

Im Namen der Aktion 302 und auch im Namen der Amnesty-Asylgruppe Münster, deren Sprecherin ich bin, darf ich Sie und Euch heute hier zu dieser Kundgebung begrüßen.

Wir sind heute hier zusammengekommen, weil wir unserer Sorge lautstark Ausdruck verleihen möchten, unserer Sorge dass mit dem Ende des Winterabschiebungsstopps auch hier in Münster Abschiebungen unserer Nachbarinnen und Nachbarn in den Kosovo stattfinden werden.

Mit diesem Wintererlass hatte die rot-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen als einzige Landesregierung Abschiebungen von Minderheiten in den Kosovo und nach Serbien für vier Monate ausgesetzt. Dieser Erlass galt bis heute. Einschätzung der Landesregierung in verschiedenen Erlassen war, dass [ich zitiere aus dem Wintererlass] „die asyl- und abschiebungsrelevante Lage in Serbien und im Kosovo nach Berichten des Auswärtigen Amtes für Angehörigen ethnischer Minderheiten (Roma, Ashkali, Ägypter) weiterhin schwierig“ ist. Auch mit dem Auslaufen dieses Erlasses ändert sich die Situation im Kosovo nicht.

Weiterhin Gültigkeit hat ein anderer Erlass, der sogenannten Roma-Erlass aus dem September letzten Jahres, der jetzt seine Nützlichkeit beweisen muss. Er hält Ausländerbehörden an zu PRÜFEN, und schätzt die Situation im Kosovo insbesondere für einige Personengruppen als „äußerst schwierig“ ein. Wir finden auch: Alte, Kranke, Pflegebedürftige, alleinerziehende Mütter, Familien mit Kindern und alleinreisende Frauen dürfen nicht abgeschoben werden. Wir glauben aber, dass Verfolgung, wie Unicef und Amnesty International die kumulativen Diskriminierungen klassifiziert haben, Roma, Ashkali und Ägypter nicht nach Alter, Geschlecht und Familienstand fragt. Sie trifft vor allem jene, die in prekären ökonomischen Verhältnissen leben, die eine geringe Bildung haben, die kein familiäres Unterstützungsnetzwerk und Beziehungen im Kosovo haben und die die Verhältnisse dort nicht kennen, nicht mehr kennen. Sie trifft alle diejenigen, die Roma sind - sie werden diskriminiert, weil sie Roma sind.

Eine Abschiebung in den Kosovo hat katastrophale Folgen für jeden und jede. Keine Arbeit, keine Bleibe, kein Zugang zur Gesundheitsversorgung, oftmals auch keine Papiere. Anstatt dessen: extreme Armut, Diskriminierung und Angst vor Gewalt. Für Kinder und Jugendliche kommt oft ein jähes Ende der Schule und Ausbildung hinzu. Laut Unicef gehen drei von vier abgeschobenen Kindern im Kosovo nicht mehr zur Schule.

Aktion 302

Hier und heute müssen wir auch darüber reden, dass wir eine Gesellschaft sind, die Straftäterinnen und Straftäter eine zweite Chance einräumt. Straftaten, die bereits verbüßt wurden, dürfen nicht zu einer Abschiebung führen, die die Zukunft der ganzen Familie verbaut. Das verstößt gegen unser Resozialisierungsstrafrecht und kommt zudem einer Doppelbestrafung nicht-deutscher Täterinnen und Täter gleich. Die Folgen einer Abschiebung auch hier: Perspektivlosigkeit. Diskriminierungen, weil sie Roma sind.

Wir brauchen eine Politik, die Flüchtlingen in Deutschland Perspektiven bietet. Möglicherweise werden Ende des Jahres weitere münsteraner Roma, denen momentan eine Aufenthaltserlaubnis „auf Probe“ erteilt wurde, wieder in eine Duldung fallen. Wenn sie den Lebensunterhalt ihrer Familie über einen Zeitraum von zwei Jahren nicht überwiegend sichern können, möchte Deutschland diese Menschen nicht haben. Die Folge: Eine Abschiebung in die Perspektivlosigkeit. Diskriminierungen, weil sie Roma sind.

Diesen Kampf gegen die Abschiebungen tragen wir gemeinsam mit der Stadt Münster, dem Rat, dem Integrationsrat und Euch, den Bürgerinnen und Bürgern. Münster möchte nicht abschieben. Münster mahnt, Münster appelliert. Das ist gut so. Aber wir müssen die Adressaten dieser Mahnung, dieses Appells fixieren. Wen mahnt Münster? Unser Protest, unsere Mahnung muss lautstark aus der Stadt herausgetragen werden, an den Landtag, an den Bundestag. Lasst uns in die Sprechstunden der Abgeordneten gehen, ihnen Briefe und Emails schreiben, sie darauf drängen, dass der Winterabschiebungsstopp in NRW nicht das letzte Wort sein darf und mit dem Auslaufen ein Handeln wieder bitter nötig ist.

Die Aktion 302 ist ein breites Bündnis von Organisationen und Einzelpersonen, die diese Abschiebungen verhindern wollen. In den letzten zwei Jahren haben wir in Münster eine Öffentlichkeit geschaffen, die nicht mehr tatenlos zusehen wird. Das werden auch die kommenden Redebeiträge zeigen. Grüße soll ich an dieser Stelle von Herrn Eckeberg, dem Referenten für Flüchtlingsarbeit der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe ausrichten, der leider terminlich verhindert ist. Die evangelische Kirche Rheinland-Westfalen hat sich in offiziellen Beschlüssen gegen die Abschiebungen und für ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht von Kosovo-Roma ausgesprochen. Auch die Deutsche Bischofskonferenz warnt vor Abschiebungen von Roma und anderen Minderheiten in den Kosovo.

Unsere Ministerpräsidentin Frau Kraft schrieb im August in einem Brief an unseren Oberbürgermeister Herrn Lewe, dass es darum gehe, [ich zitiere] „Ausländerbehörden anzuhalten, vorhandene Entscheidungsspielräume zu Gunsten hier lebender Flüchtlinge aus dem Kosovo konsequent zu nutzen“. Das sind klare Worte. Trotzdem glaube ich nicht, dass das reicht. Lasst uns uns auf Landes-, auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Entscheidungsspielräume durch Regelungen ersetzt werden: wir brauchen ein tragfähiges Bleiberecht für Roma!